

Vilimsky: Je strenger das Waffengesetz, um so höher die Kriminalitäts- und Gewaltrate!

Utl.: FPÖ für ehrliche Diskussion, unbescholtenen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu einer Verteidigungswaffe zu vereinfachen =

Wien (fpd) - In höchstem Ausmaß unseriös sind für FPÖ-Generalsekretär NRAbg. Harald Vilimsky die Argumente der Politiker von SPÖ, ÖVP und Grünen gegen die Initiative von HC Strache, wonach etwa gefährdete Personengruppen in Österreich wieder einen vereinfachten Zugang zu legalen Verteidigungswaffen erhalten sollen. ****

International zeige sich folgende Grundlinie: Je prohibitiver das Waffengesetz sei, um so höher sei auch die Kriminalitäts- und Gewaltrate. Und umgekehrt: Am wenigsten Kriminalität und Gewalt gibt es dort, wo die Waffengesetze liberaler gestaltet sind.

Etwa am Beispiel Großbritanniens zeige sich, daß seit vielen Jahren das Waffengesetz Zug um Zug verschärft wurde. Der Waffenschwarzmarkt sei dort extrem angewachsen. Jeder Verschärfung sei ein Anstieg von Kriminalität und Gewalt gefolgt. 1997 habe es dann ein Totalverbot von Faustfeuerwaffen gegeben: Bis 2004/05 sei dann ein Anstieg der Delikte mit (illegalen) Schusswaffen von rund 5.000 auf rund 11.000 erfolgt. In 40 US-Bundesstaaten hingegen, in denen verlässlichen Bürgern das Führen einer Verteidigungswaffe erlaubt werde, sei der stärkste Kriminalitätsrückgang zu verzeichnen, zeigt Vilimsky auf.

Zur grauenvollen Bluttat an einer Universität in Virginia hält der FPÖ-Generalsekretär folgendes fest. Das Uni-Gelände wurde zur "waffenfreien Zone" erklärt, um sich wirklich sicher fühlen zu können. Es sei sogar die Campuspolizei aufgelöst worden. Dennoch wurde die Universität zum Opfer eines Wahnsinnigen, dem leider niemand Einhalt gebieten konnte. Beachtenswert sei in diesem Zusammenhang der Umstand, daß im Jahr 2002 schon einmal in Virginia ein Amoklauf erfolgt sei. Bei diesem vergleichbaren Vorfall konnten allerdings zwei Studenten ihre legalen Waffen aus ihren Autos holen, den Täter sehr rasch überwältigen und damit einen weiteren Blutzoll verhindern.

Im übrigen solle niemand die kriminalpsychologischen Grundgesetze

ignorieren. Amokläufe dieser Art sind nämlich so gut wie nie Affekt-Handlungen, sondern ihnen geht eine lange Planung voraus. In diesem Zusammenhang zitiert Vilimsky den österreichischen Kriminalpsychologen Thomas Müller aus einem Interview mit der ZiB vor zwei Tagen. Bezugnehmend auf den psychischen Vorlauf eines solchen Attentäters hält dieser fest: "Eigentlich kann das Wochen oder Monate dauern und wenn der Mann an Waffen herankommen will oder diese Person, dann kommt er sowieso, ob es Gesetze gibt oder nicht, das ist egal".

"Jede Regierung ist gut beraten, daß nicht nur Kriminelle und Wahnsinnige an Schusswaffen kommen. Es muß unbescholtenen und psychisch unbedenklichen Personen erlaubt sein, zur Verteidigung von Leib, Leben und Eigentum eine Schusswaffe zu erhalten, was gerade in Zeiten massiv steigender Kriminalität in Österreich eine aktuelle Bedeutung habe. Denkbar wäre es, daß zumindest gefährdete Personen wie Geldboten, Taxifahrer, Richter, Ärzte, Trafikanten, etc. wieder einen Anspruch auf das Führen einer Verteidigungswaffen erhalten. Früher war dies in einer Verordnung zum Waffengesetz geregelt, dies wäre auch jetzt wieder wünschenswert. Dies bringe nicht nur einen Zuwachs an individueller Sicherheit für die Betroffenen, sondern habe auch eine abschreckende bzw. generalpräventive Wirkung. Und ganz allgemein solle eine ehrliche Diskussion über die Anspruchsberechtigung für unbescholtene Österreicherinnen und Österreicher geführt werden, ihnen eine Verteidigungswaffe nicht zu verwehren", so Vilimsky. (Schluß)

Rückfragehinweis:

FPÖ

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0116 2007-04-19/10:59

191059 Apr 07

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070419_OTS0116